

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gerd Andres, Doris Barnett, Anni Brandt-Elsweiler, Hans Büttner (Ingolstadt), Dr. Marliese Dobberthien, Peter Dreßen, Rudolf Dreßler, Elke Ferner, Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Konrad Gilges, Angelika Graf (Rosenheim), Karl Hermann Haack (Extertal), Klaus Hagemann, Christel Hanewinckel, Monika Heubaum, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhof, Renate Jäger, Siegrun Klemmer, Christine Kurzhals, Christa Lörcher, Erika Lotz, Dorle Marx, Ulrike Mascher, Ursula Mogg, Dr. Edith Niehuis, Leyla Onur, Adolf Ostertag, Margot von Renesse, Renate Rennebach, Marlene Rupprecht, Siegfried Scheffler, Ulla Schmidt (Aachen), Ottmar Schreiner, Dr. Angelica Schwall-Düren, Lisa Seuster, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck, Franz Thönnies, Hans-Eberhard Urbaniak, Hildegard Wester, Inge Wettig-Danielmeier, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Ottmar Schreiner, Gerd Andres, Doris Barnett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksachen 13/7591, 13/9099 –

Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD „Zwischenbilanz zum Abbau von sozialen Leistungen – Auswirkungen auf die Betroffenen und auf das gesellschaftliche Klima“ offenbart ein erschreckendes Maß an Unkenntnis über die reale Lebenslage benachteiligter Personen in unserem Land. So liegen der Bundesregierung offenbar weder Zahlen über die Einkommenssituation von Arbeitslosenhaushalten noch Erkenntnisse über die Einkommensentwicklung Behinderter vor. Angesichts der Kürzungen, die die Bundesregierung gerade beim Arbeitslosengeld, bei den Renten für Schwerbehinderte und den EU/BU-Renten vorgenommen hat, ist dies mehr als unverständlich. Offenkundig hat die Bundesregierung bei ihrem Abbau von Sozialleistungen gar nicht erst den Versuch gemacht, die tatsächliche soziale Lage der Betroffenen zu berücksichtigen.

Es ist kein Wunder, daß bei einer Politik, die auf einer solchen Unkenntnis über die soziale Realität basiert, Solidarität und soziale Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben müssen.

Die Antwort der Bundesregierung ist auch bei weiteren zentralen Themenbereichen der Großen Anfrage unzureichend: Teilweise wird veraltetes Datenmaterial verwendet, vorhandene Quellen nicht genutzt und kritische Fragen bleiben unbeantwortet. Ein besonders befremdliches Beispiel ist, daß der Bundesregierung zwar „keine exakten Umfrageergebnisse“ über die Akzeptanz ihrer Sozialleistungskürzungen bei der Bevölkerung vorliegen, sie aber gleichwohl davon ausgeht, „daß die große Mehrheit der Bevölkerung hierfür Verständnis aufbringt.“ Welchem Irrtum die Bundesregierung dabei erliegt, hätte sie dem vom Statistischen Bundesamt herausgegebenen „Datenreport 1997“ entnehmen können: Hätte die Bundesregierung diese Quelle zu Rate gezogen, dann wüßte sie u. a., daß entgegen ihren Vermutungen schon 1994 eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung gegen weiteren Sozialabbau war. Außerdem hätte sie feststellen können, daß die von ihr nach wie vor strikt abgelehnte Methode zur Berechnung des soziokulturellen Existenzminimums, die angeblich „weltweit als verfehlt angesehen“ wird, in besagtem Datenreport vom Statistischen Bundesamt längst angewendet wird.

Ungeachtet ihrer Mängel veranschaulicht die Antwort gleichzeitig den sozial- und beschäftigungspolitischen Mißerfolg der Bundesregierung: Trotz erheblicher Leistungskürzungen in der Sozialversicherung, die mittlerweile einem Volumen von rd. 130 Mrd. DM pro Jahr entsprechen, hat die Bundesregierung ihre selbstgesteckten Ziele weit verfehlt: Anstatt die Arbeitskosten wie versprochen zu senken, sind die Sozialversicherungsbeiträge seit 1982 von 34 % auf 41,9 % gestiegen. Anstatt endlich eine wirkungsvolle Politik für mehr Beschäftigung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu betreiben, führte sie Deutschland in die schwerste Beschäftigungskrise der Nachkriegszeit: Seit 1991 hat sich die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt um fast 70 % auf 4,4 Millionen Personen erhöht. Parallel dazu hat sich der Arbeitsplatzabbau fortgesetzt; die Zahl der Erwerbstätigen ist seit 1991 um rd. 2,5 Millionen gesunken. Insgesamt fehlen in Deutschland heute rd. 7,6 Millionen Arbeitsplätze. Auch 1998 wird es keine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt geben; mittlerweile betragen die Kosten der Arbeitslosigkeit mehr als 180 Mrd. DM pro Jahr!

Anstatt die Massenarbeitslosigkeit als Hauptursache der heutigen Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme zu bekämpfen, hat die Bundesregierung die Diskussion um den Sozialstaat auf dessen Kostenseite verengt. Unter dem Vorwand „Umbau des Sozialstaates“ hat sie eine Politik der Leistungskürzungen, verbunden mit einer einseitigen Verbesserung der Angebotsbedingungen, betrieben, ohne daß die immer wieder versprochene Innovations- und Beschäftigungsdynamik eingetreten wäre. Statt dessen nimmt die soziale Polarisierung in Deutschland zu. Der von der Bundesregierung durchgesetzte Sozialabbau gefährdet zunehmend den sozialen Frieden in unserem Land und stellt

einen entscheidenden wirtschaftlichen Standortvorteil Deutschlands in Frage.

Es ist offenkundig, daß der Sozialabbau gravierende Auswirkungen auf die Lebensumstände und die gesellschaftliche Teilhabe einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern hat: Seit 1982 haben sich die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich drastisch verschärft. Die Einkommen der Selbständigen wuchsen doppelt so schnell wie die aller Privathaushalte. Die Lohnquote ist dagegen von 74,3 % im Jahr 1982 auf mittlerweile unter 66 % abgesackt und liegt im internationalen Vergleich rd. 2 Prozentpunkte unter dem EU-Durchschnitt. Während die Steuerbelastung von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen seit 1982 halbiert wurde und nur noch 10,3 % beträgt, ist die durchschnittliche Belastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen um mehr als 5 Prozentpunkte angestiegen und beträgt mit 34,9 % heute mehr als ein Drittel des Einkommens. Während das private Geldvermögen von 1991 bis 1995 um 34 % gestiegen ist und die Bundesregierung die Vermögensteuer nicht mehr erhebt, hat die Armut in Deutschland zugenommen: Ende 1996 waren 2,73 Millionen Menschen auf Sozialhilfe angewiesen, darunter über 1 Million Kinder. Nach der EU-Definition gelten über 7 Millionen Menschen in Deutschland als arm, weil sie über weniger als 50 % des durchschnittlichen Monatseinkommens verfügen. Die Spaltung der deutschen Gesellschaft wird immer tiefer.

Insbesondere Frauen haben unter der Politik der Bundesregierung zu leiden: Immer noch ist das durchschnittliche Erwerbseinkommen von Frauen um rd. ein Drittel niedriger als das von Männern; die Einkommensdifferenzen haben seit 1982 nicht ab-, sondern zum Nachteil der Frauen wieder zugenommen. Deutlich mehr Frauen (56,4 %) als Männer beziehen Sozialhilfe, haben Niedrigrenten, sind Alleinerziehende. Der Anteil der Alleinerziehenden, die für ihren Lebensunterhalt ausschließlich auf Sozialhilfe angewiesen sind, ist auf 30,5 % angestiegen (1991: 25,9 %). Nach wie vor steht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nur auf dem Papier: Anstatt die Schaffung qualifizierter und sozialversicherungsrechtlich geschützter Teilzeitarbeitsplätze aktiv zu fördern, hat die Bundesregierung der mißbräuchlichen Ausweitung der geringfügigen Beschäftigung tatenlos zugesehen. Erwerbstätige Mütter sind von der Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall am härtesten betroffen: Sie können die Lohnkürzungen nicht durch Urlaubsverzicht vermeiden, weil sie den Urlaub brauchen, um ihre Kinder bei Krankheit und in den Ferien betreuen zu können. Auch der Abbau des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben geht vor allem zu Lasten der Frauen: Mehr als 5 Millionen Frauen kann jederzeit gekündigt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. die Konsequenzen aus dem Mißerfolg ihrer vornehmlich auf Kürzungen gerichteten Politik zu ziehen und nicht länger auf eine beschäftigungspolitische Trendwende durch weiteren

Sozialabbau zu hoffen. Statt dessen müssen der erschreckende Zuwachs der Sozialhilfeempfänger gebremst und die sozialen Sicherungssysteme armutsfest gemacht werden;

2. endlich Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und einen entsprechenden Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik einzuleiten. Dabei muß die Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit Vorrang erhalten und endlich ernst gemacht werden mit der Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens durch Arbeitszeitverkürzung, mehr Teilzeitarbeit und Überstundenabbau;
3. sich verstärkt für mehr Gleichberechtigung auf dem Arbeitsmarkt einzusetzen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist durch die Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen und durch einen grundsätzlichen Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit sowie auf Rückkehr zur Vollzeitarbeit zu verbessern. Frauen sind entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu beteiligen;
4. die Kürzung des Rentenniveaus auf 64 % und die faktische Privatisierung des Risikos der Erwerbs- und Berufsunfähigkeit zu korrigieren, die Rentenversicherung gerechter zu finanzieren und die Alterssicherung an die Veränderungen des Erwerbslebens anzupassen;
5. über die bereits erreichte Stabilisierung der Rentenbeiträge hinaus eine weitere Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologische Steuerreform einzuleiten. Eine steuerliche Entlastung der Normalverdiener, der Arbeitnehmer und der Familien ist unverzichtbar, um die Kaufkraft zu stärken und mehr volkswirtschaftliche Nachfrage zu schaffen;
6. die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wieder herzustellen. Dazu gehört vor allem die Korrektur von Fehlentscheidungen im Kündigungsschutz und bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Auch die Chancengleichheit der Tarifvertragsparteien ist dadurch wieder herzustellen, daß indirekt vom Streik betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld erhalten;
7. ihre unverantwortlichen und unwirtschaftlichen Kürzungen im Bereich der Rehabilitation zurückzunehmen und statt dessen Ernst zu machen mit einer Politik der Integration von behinderten Menschen;
8. durch Vorlage eines nationalen Armuts- und Reichtumsberichts die zunehmende soziale Ungleichheit in unserem Land und die Schieflagen in der Einkommens- und Vermögensverteilung transparent zu machen und damit die Voraussetzung zu schaffen für eine verbesserte Bekämpfung der Ausgrenzung und Verarmung und für mehr Verteilungsgerechtigkeit;
9. die positiven Initiativen des EU-Beschäftigungsgipfels nicht wieder im nationalen Aktionsplan zu verwässern, sondern zugleich die Sozialpolitik beim weiteren Ausbau der EU verstärkt zu berücksichtigen. Beispielsweise sollte die Bundesregierung

ihre Blockadehaltung gegen das Programm zur Bekämpfung der Armut aufgeben und sich konstruktiv in die Diskussion um Maßnahmen gegen die soziale Ausgrenzung einschalten.

Bonn, den 1. April 1998

Gerd Andres	Dorle Marx
Doris Barnett	Ulrike Mascher
Anni Brandt-Elsweier	Ursula Mogg
Hans Büttner (Ingolstadt)	Dr. Edith Niehuis
Dr. Marliese Dobberthien	Leyla Onur
Peter Dreßen	Adolf Ostertag
Rudolf Dreßler	Margot von Renesse
Elke Ferner	Renate Rennebach
Arne Fuhrmann	Marlene Rupprecht
Monika Ganseforth	Siegfried Scheffler
Konrad Gilges	Ulla Schmidt (Aachen)
Angelika Graf (Rosenheim)	Ottmar Schreiner
Karl Hermann Haack (Extertal)	Dr. Angelica Schwall-Düren
Klaus Hagemann	Lisa Seuster
Christel Hanewinckel	Wolfgang Spanier
Monika Heubaum	Dr. Peter Struck
Ingrid Holzhüter	Franz Thönnies
Barbara Imhof	Hans-Eberhard Urbaniak
Renate Jäger	Hildegard Wester
Siegrun Klemmer	Inge Wettig-Danielmeier
Christine Kurzhals	Hanna Wolf (München)
Christa Lörcher	Rudolf Scharping und Fraktion
Erika Lotz	

